

## **Stellungnahme des Landeselternbeirats Kindertagesbetreuung zur Debatte zur finanziellen Lage der Kommunen**

*Die aktuell geführte Debatte über die finanzielle Lage der Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg, wie sie zuletzt in der Landespressekonferenz und von mehreren Oberbürgermeistern öffentlich adressiert wurde, verdeutlicht die existenziellen Herausforderungen für kommunale Haushalte. Wir erkennen an, dass sinkende Steuereinnahmen und steigende Pflichtaufgaben Kommunen vor große Probleme stellen und dringend tragfähige Lösungen erfordern.*

### **Unsere Kernbotschaft**

**Kinderbetreuung ist jedoch kein beliebiger Haushaltsposten oder Luxus, der bei finanzieller Enge kurzfristig und ohne langfristige Folgen reduziert werden kann.**

Sie ist ein Grundpfeiler unserer Gesellschaft, eine elementare Bildungs- und Fürsorgeleistung und eine Investition in die Zukunft unseres Landes. Sie legt das Fundament für Chancengerechtigkeit, Teilhabe und spätere Lebenswege. Deshalb betrachten wir die Debatte um finanzielle Entlastungen der Kommunen auch aus der Perspektive der Familien und der frühkindlichen Bildung.

### **Unsere Kritik**

Wir lehnen jede Überlegung ab, den Betreuungsschlüssel zu lockern oder an geringere Standards anzupassen, um kurzfristig finanzielle Spielräume zu schaffen. Dies würde zu Lasten der pädagogischen Qualität gehen, den Arbeitsbedingungen der Fachkräfte schaden und die Betreuungswirklichkeit für Kinder und Familien verschlechtern – ohne die strukturellen Defizite der Finanzproblematik zu beheben.  
**Qualität in der Kindertagesbetreuung darf nicht das erste Opfer knapper öffentlicher Kassen werden.**

Die wiederholte Forderung nach Erleichterungen für Kommunen darf nicht als Vorwand dienen, umfassende Qualitätssicherung im frühkindlichen Bereich aufzugeben. Vielmehr braucht es ein gemeinsames Konzept, das die Finanzierung der Kindertagesbetreuung dauerhaft und verlässlich trägt.

## Unsere Kernforderung

Deshalb sprechen wir uns weiterhin für einen „Pakt frühkindliche Bildung BW 2031“ (mehr dazu in einer vorherigen Stellungnahme) zur Kita-Finanzierung aus, der mit folgenden Leitlinien gestaltet werden muss:

- **Neu denken statt nur sparen:** Die Finanzierung der frühkindlichen Bildung muss neu strukturiert werden – weg von kurzfristigen Einsparprogrammen, hin zu einer langfristig abgesicherten, gerechten Kostenverteilung zwischen Bund, Land und Kommunen.
- **Qualität sichern und weiterentwickeln:** Statt den Betreuungsschlüssel zu lockern, sollten Ressourcen für mehr Fachkräfte, bessere Bezahlung und attraktive Arbeitsbedingungen genutzt werden. Investitionen in Qualität zahlen sich sozial, bildungspolitisch und wirtschaftlich aus.
- **Kinder als Investition in die Zukunft:** Frühkindliche Bildung ist keine Kostenstelle, sondern eine Investition in die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Sie muss entsprechend priorisiert und finanziell abgesichert werden.

## Unser Appell: Aufruf zur gemeinsamen Verantwortung

Wir fordern daher die politische Verantwortungsträger:innen – insbesondere die kommende Landesregierung – auf, bei allen anstehenden Entscheidungen im Zuge der Haushalts- und Strukturdebatten sicherzustellen, dass Kinder und Familien nicht die Verlierer dieser Krise werden. **Eine echte, nachhaltige Lösung der kommunalen Finanzprobleme darf nicht auf dem Rücken der Zukunft unserer Kinder ausgetragen werden.**

Wir stehen bereit, unsere Expertisen in einen überparteilichen Reformprozess einzubringen.

2/2



Kontakt für Rückfragen:

**Anna Radermacher**  
Pressesprecherin LEBK  
anna.radermacher@lebk-bw.de  
Mobil: 0151 28316999